

Sektion Soziale Indikatoren

Frühjahrstagung »Vertrauen in der Polykrise« am 12. und 13. März 2026 in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) in Berlin

Vertrauen gilt in der Soziologie als grundlegende Ressource für das Funktionieren hoch-differenzierter Gesellschaften, die für ein solidarisches Zusammenleben ebenso wichtig ist wie für ein erfolgreiches Wirtschaften und eine resiliente Demokratie. Das so wichtige Vertrauen in Systeme wie Politik, Wirtschaft und Wissenschaft muss aktuell unter krisenhaften Bedingungen produziert und reproduziert werden. In seiner Begrüßung ging *Ralf Himmelreicher* (Berlin) auf das große Interesse ein, das das Tagungsthema hervorgerufen hat. Auch die Leiterin des Fachbereichs »Arbeitswelt im Wandel« am BAuA *Sabine Sommer* (Berlin) verwies in ihren Grußworten auf die herausragende Bedeutung des Vertrauens für den Arbeitsschutz und die Arbeitssicherheit auf globalisierten Arbeitsmärkten.

In Session 1 mit dem Schwerpunkt »Polizei, Recht und Justiz« referierten *Julia Rüdell* und *Julia Weymeirsch* (beide Wiesbaden) über das Vertrauen von Migrantinnen und Migranten in die Polizei. Gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Migrationsgeschehens rücken diskriminierende Erfahrungen zunehmend in den Fokus der Forschung. Vorgestellte Befunde basierten auf Daten des periodischen Viktimisierungssurveys des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Erste Analysen zeigen, dass die binäre Erfassung des Migrationshintergrundes bei der Analyse des Polizeivertrauens die komplexen Effekte nicht angemessen abbildet. So zeigt sich, dass türkische Migrant*innen und ihre Nachkommen tendenziell weniger Vertrauen in die Polizei haben als Menschen ohne Migrationshintergrund. *Bruno Albert* (München) stellte Befunde eines Survey-Experiments des Bayerischen Forschungsinstituts für Digitale Transformation zum Einfluss von Vertrauen in die Justiz und Polizei auf Einstellungen zu staatlichen Überwachungsmaßnahmen vor. Dabei wurde deutlich, dass Einstellungen gegenüber staatlicher Überwachung im Kontext von Unsicherheit gebildet werden, da Bürgerinnen und Bürger die Konsequenzen und die Umsetzung von Maßnahmen nicht direkt kontrollieren könnten.

In Session 2 ging es um das »Vertrauen in die Wissenschaft« in Zeiten der Polykrise. *Guido Mehlkop*, *Holger Futterleib*, *Tilmann Betsch* (alle Erfurt) und *Babette Brinkmann* (Köln) verwiesen auf den Wunsch nach sicheren Empfehlungen aus der Wissenschaft seitens großer Teile der Bevölkerung, der wegen inhärenter Unsicherheit seriöser Wissenschaft nicht zu erfüllen sei. Auf

Basis einer im Jahr 2024 erhobenen Online-Befragung ermittelten sie vier Gruppen im Umgang mit wissenschaftlicher Unsicherheit: Zögernde, Überzeugte, Prüfende und Einwilligende. *Elgen Sauerborn* (Berlin) stellte die Frage nach den emotionalen und affektiven Dimensionen von Vertrauen in die Wissenschaften. Auf Basis eines Mixed Methods-Ansatzes identifizierte sie zunächst vier Alltagsbereiche, in denen Wissenschaft für die Befragten eine Rolle spiele: Gesundheit, Technologie, Esoterik, Anderes. Ihre qualitativen Studien machten deutlich, dass durch Wissen erzeugte Emotionen das Vertrauen in die Wissenschaften beeinflusst und weitere Emotionen hervorbringen. Zudem sei auch das Vertrauen in Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Emotionen geprägt.

Session 3 thematisierte die »Konsequenzen mangelnden Vertrauens«. *Wolfgang Aschauer* und *Christopher Etter* (beide Salzburg) untersuchten, ob Vertrauen als Mechanismus zur Stressreduktion in der österreichischen Bevölkerung wirke. Sie fanden mittels des Sozialen Surveys Österreich aus dem Jahr 2024 heraus, das Vertrauen als möglicher Stressmoderator bei selbstbezogenen Mikrosorgen fungieren könne; bei gesellschaftsbezogenen Makrosorgen finden sie keinen Einfluss des Vertrauens auf Stress. *Lisa Klasen*, *Nadiya Kelle*, *Mareike Bünning* und *Nadja Keller* (alle Berlin) analysierten anhand des Deutschen Alterssurveys politisches Vertrauen und soziale Exklusion in Zeiten der Krise. Die Autorinnen finden vor und nach der Corona-Pandemie weitgehend stabile Grundmuster des Vertrauens: mit den höchsten Vertrauenswerten für Polizei, Wissenschaft und Justiz und niedrigem Vertrauen in Parteien und Medien. Krisen wirkten nicht als »great equalizer«, sondern bestehende Ungleichheiten blieben eher erhalten. *Hanno Scholtz* (Zürich) thematisierte die Polykrise institutionellen Misstrauens. Grundsätzlich förderten vertrauenswürdige Institutionen das Vertrauen der Bürger. Vertrauen gelänge jedoch nur dann, wenn das institutionelle Design zu ihren Gesellschaften passe. Institutionen in individualisierten Gegenwartsgesellschaften sollten deshalb ebenfalls individualisiert, das heißt an die Bedarfe der Individuen angepasst werden.

Session 4 behandelte die »Kontextfaktoren von Vertrauen«. Basierend auf dem European Social Survey, ESS Round 9 (2018/19) stellten *Michael Windzio* und *Niklas Krumbein* (beide Bremen) fest, dass sich Institutionen innerhalb der EU-Länder im erreichten Vertrauensniveau unterscheiden, während sich die Faktoren ähneln, die zur Polarisierung in den einzelnen Ländern führen. Sie finden vor allem dann abnehmendes Vertrauen in Institutionen, wenn diese unterfinanziert seien. *Daniel Rösler* (München) er-

forschte den Effekt von Vermögensungleichheit auf Vertrauen mit den länderübergreifenden Längsschnittdaten des World Values Survey. Weder Vermögensungleichheit noch Vermögenskonzentration hätten einen signifikanten Effekt auf das Vertrauen. Im Unterschied dazu ginge eine höhere Einkommensungleichheit mit niedrigerem zwischenmenschlichem Vertrauen einher. *Axel Babst* (Mannheim) nutzte die German Longitudinal Election Study GLES 2025, um die Frage zu untersuchen, wie die Wahrnehmung von Kompetenz, Wohlwollen und Integrität mit dem Vertrauen im Allgemeinen zusammenhängen. Sowohl Kompetenz als auch Integrität stünden in einem positiven Zusammenhang mit verschiedenen Formen des Vertrauens.

Session 5 widmete sich dem Thema »Mechanismen: Kulturelle und ökonomische Bedrohung«. *Alexander Patzina* (Bamberg/Nürnberg) analysierte auf der Basis des Panels Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) der Jahre 2019 bis 2024 regionale Unterschiede beim Vertrauen in die Politik in Deutschland. Nach seinen Berechnungen hat sich zwischen Stadt und Land eine Vertrauenskluft herausgebildet, mit Ausgrenzungsempfindungen in ländlichen Regionen. *Matthias Collischon* (Nürnberg) und *Felix Rabberger* (Bamberg/Nürnberg) nutzten zusammen mit Alexander Patzina das PASS um zu erforschen, inwiefern die Zuwanderung von Geflüchteten das Vertrauen in Deutschland beeinflusste. Ihre Ergebnisse deuten darauf hin, dass wirtschaftliche und sicherheitspolitische Bedrohungen mögliche Faktoren dafür sind, wie Veränderungen im lokalen Flüchtlingsanteil zu Veränderungen im sozialen Vertrauen führten. *Aaron Günthers* Präsentation fokussierte die Bedeutung der wachsenden Bildungskluft auf das politische Vertrauen. Mit Daten des ESS (2002–2023) konnte er eine wachsende Polarisierung im Vertrauen in den Deutschen Bundestag nach kosmopolitischer versus kommunitaristischer Orientierung nachweisen, mit einer im Zeitverlauf größer werdenden Vertrauenslücke.

Die Frühjahrskonferenz der Sektion Soziale Indikatoren hat gezeigt, dass Vertrauen eine zentrale Ressource für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Seit der Pandemie ist vor allem institutionelles Vertrauen geschwunden, in eher ländlichen Regionen, bei Geringqualifizierten und auch gegenüber Geflüchteten aus anderen Kontinenten. Auch die Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger von nicht erfüllten staatlichen Aufgaben untergräbt das politische Vertrauen. Angesichts zunehmend knapper werdender, öffentlicher und zum Teil auch privater Kassen und neuer Krisen wären neue, pro-demokratische soziale Bewegungen eine gute Nachricht.

Jan Delhey, Ralf Himmelreicher, Christiane Lübke und Leonie Steckermeier